Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

148 (28.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 148 | **Dienstag, den 28. Juni 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Reichskanzler ist am Montag um 11 Uhr nach Lausanne zurückgekehrt, nachmittags fand eine neue deutsch-französische Aussprache statt.

*

Im Sklarek-Prozeß sprachen die Angeklagten das Schlußwort. Man erwartet das Urteil für Dienstag.

*

Blutige Ueberfälle auf deutsche Turner in Nordböhmen in Dux, sind, wie jetzt festgestellt ist, auf Angriffe der tschechischen Einwohner zurückzuführen.

*

Am Montag begann in München die Gauführertagung der N.S.D.A.P., die sich mit der endgültigen Festlegung der Wahlkreisvorschläge und der allgemeinen politischen Lage befaßte.

*

In der amtlichen Erklärung über die deutsch-französische Ministerzusammenkunft in Lausanne heißt es, daß Herriot im Namen Frankreichs auf die Erklärungen des Reichskanzlers und des Finanzministers Vorbehalte angemeldet habe, die er für notwendig erachte. Die Verhandlungen werden Mittwoch vormittag weiter fortgesetzt.

*

In Chicago wurde der demokratische Parteikongreß eröffnet. Roosevelt gilt als Favorit unter den demokratischen Präsidentschaftskandidaten.

*

Die Gerüchte, wonach in Tokio die Cholera ausgebrochen ist, bestätigen sich. Bis jetzt werden sechs Cholerafälle angegeben.

Lausanne ohne Ausweg

Es steht nunmehr wohl endgültig fest, daß Lausanne, ungeachtet der dringendsten Erfordernissen des Augenblicks, zu keinen großen Entscheidungen führen wird. Die „entscheidenden Taten" werden ausbleiben.

Dämmerstimmung — so kann man am treffendsten die in Lausanne jetzt herrschende Lage charakterisieren. Es ist kein Tag und keine Nacht. Die politische Spannung wird hier nicht mehr in vollem Glanze erstrahlen. Andererseits wird dafür gesorgt, daß es nicht völlig dunkel wird. Die Konferenz dürfte „in Parmanenz" erklärt werden. Bis auf weiteres bleibt der zu Beginn beschlossene Zahlungsaufschub bestehen. Das ist der Ausweg aus der Verlegenheit, der kein Ausweg ist. An sich ist es nichts mehr als die Kenntnisnahme der Tatsache, daß Deutschland nicht mehr zahlen kann. Aber sämtliche formellen Ansprüche Frankreichs auf Zahlungen bleiben doch nach wie vor bestehen. Keine endgültige Tributstreichung . . .

Die Gegensätze haben sich in Lausanne als unüberwindlich gezeigt. Und da mit Kompromissen nicht mehr gearbeitet werden kann, blieb ja nichts anderes übrig, als das, was jetzt geschieht. Es wird eine Vestalin gesucht, die die ewige Flamme der Lausanner Konferenz hüten soll. Nur kein konferenzloser Zustand! Denn in diesem Augenblick wird der Zahlungsaufschub zu Ende sein. Und da andererseits der Youngplan, trotz der französischen Versuche, die Leiche zu galvanisieren, tot, endgültig tot ist, würde eine Leere entstehen. Diese soll nicht sein.

Was geschieht nun jetzt noch weiter in Lausanne? Man sucht nach einer „Formel". Eine „Formel" ist ein magischer Stab, der allen Beteiligten und der gesamten Weltöffentlichkeit die tragische Gegenwart fort- und die rosige Zukunft vorzaubern soll. Zwar habe man sich nicht geeinigt, aber dies könnte noch bei der nächsten Etappe geschehen. Es ist die Aussicht auf die nächste Etappe, die alle trösten sollte. Vielleicht sind die Menschen, in deren Wesen es ja liegt, Trost zu empfangen, damit abzufinden. Leider richtet sich die Entwicklung der Weltkrise, die Versteifung der Finanzlage, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, das Sterben des Welthandels, das Abbröckeln des Kreditwesens und wie alle die unangenehmen Dinge heißen, nicht danach.

Herriot, abhängig von der politischen Konstellation in Frankreich, sieht sich außerstande, auf die Reparationen ein für allemal und bedingungslos zu verzichten. Deutschland kann keine Verpflichtungen übernehmen, die unerfüllbar sind. Die deutschen Unterhändler können keinem Kompromiß, das nur verderbliche Folgen haben würde, zustimmen. Die Verhandlungspartner wissen, daß sie sich nicht einigen können, und die ehrlichen Makler Macdonald und Grandi wissen dies ebenso gut. Der Kampf geht nun darum, wer die Schuld für den Mißerfolg von Lausanne zu tragen hat.

Dies ist der letzte Sinn dessen, was jetzt in Lausanne geschieht.

Augenblicklich wird versucht, das Fiasko der Lausanner Konferenz wenigstens dadurch wettzumachen, daß man die wirtschaftliche Zusammenarbeit interessierter Nationen enger als bisher gestaltet. In erster Linie handelt es sich dabei um den Ausbau deutsch-französischer Handelsbeziehungen. Auch wird der vor einigen Tagen angekündigte belgische Plan, der eine allmähliche Niederlegung der verschiedensten Zollschranken vorschlägt, viel diskutiert, obwohl er eine Reihe von Klauseln enthält, die, wie Internationalisierung, eine Reihe von Unternehmungen, von Deutschland rundweg abgelehnt werden. Viel Aufsehen hat schließlich die **Denkschrift der italienischen Delegation** erregt. Aus dieser Denkschrift geht hervor, daß auch Italien seine Reparationsansprüche macht, und nicht ohne weiteres auf sie verzichten gedenkt.

*

Dem Berliner Aufenthalt des Kanzlers steht die Pariser Reise Herriot gegenüber, wobei ganz natürlich die Entscheidung über den vorläufigen Ausgang der Lausanner Konferenz auf der Gegenseite liegt. Der deutsche Standpunkt ist bekannt, und deshalb hatte der Berliner Aufenthalt des Reichskanzlers außenpolitisch auch nur den Sinn, daß Herr v. Papen über den Stand der Dinge berichtete. Das Schicksal der Konferenz dagegen liegt bei dem, was Herriot aus Paris mitbringt. Man verrät kein Geheimnis mehr, wenn man hinzufügt, daß die Aussichten nicht sehr günstig beurteilt werden. Wie auch die Lausanner Sonderkorrespondenten bereits andeuten, spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Konferenz in einer Permanenzerklärung endet, durch die das von den Gläubigermächten verkündete Moratorium aufrechterhalten bleibt, bis sich vielleicht im Herbst die Möglichkeit eines endgültigen Arrangements bietet.

*

Neue deutsch-französische Besprechungen

Lausanne, 27. Juni. Die vorgesehene deutsch-französische Besprechung fand am Montag 4.30 Uhr statt. Deutscherseits nahmen der Reichskanzler und die drei Reichsminister, die Staatssekretäre v. Bülow und Trendelenburg und etwa 6 Sachbearbeiter teil; auf französischer Seite waren ebenfalls die Minister und im ganzen etwa 12 Teilnehmer im Verhandlungsraum im Hotel Palace erschienen, in dem zunächst Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk die deutsche Auffassung vortragen wird.

Lausanne, 27. Juni. Bei Schluß der Montag-Nachmittagssitzung, die von 16.30 Uhr bis 19.40 Uhr dauerte, wurde folgendes Communique ausgegeben:

„Die deutsche und die französische Delegation sind neuerdings am Montag, den 27. Juni, nachmittags 16.30 Uhr zusammengetreten. Der Herr Reichsfinanzminister hat die Gründe auseinandergesetzt, die nach seiner Ansicht zugunsten einer Streichung der Reparationen sprechen sowie die ersten Maßnahmen, die er für den Wiederaufbau Europas gegeben sieht. Der Herr Reichskanzler hat die Ausführungen des Reichsfinanzministers erläutert und von einem allgemeinen Standpunkt aus ergänzt.

Der französische Ministerpräsident hat die Vorbehalte gemacht, die er für nötig hielt. Die Unterhaltungen werden Mittwoch vormittag 10 Uhr wieder aufgenommen werden.

*

Das italienische Reparationsmemorandum

Lausanne, 27. Juni. Das italienische Memorandum betont die Notwendigkeit des Coup d'enge ("Schwamm drüber"). **Die Annullierung von finanziellen Verpflichtungen sei kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wirtschaftsbeziehungen, wobei die Währungsstabilisierung eine erste Hauptsache sei.** Es wird ein System von finanziellen Reparationen vorgeschlagen, bei denen die hauptsächlichen Emissionsbanken eventuell unter Garantie der Staaten und unter Mitwirkung der BIZ. beteiligt sein sollen, ferner ein stufenweiser Abbau der Zollschranken und aller anderen Handelshemmnisse.

Günstige Aufnahme des italienischen Reparationsmemorandums bei der deutschen Delegation

Lausanne, 27. Juni. Zu dem italienischen Memorandum, das in Form eines an Macdonald als Konferenz-Präsidenten gerichteten Briefes von Grandi abgefaßt ist, erfahren wir, daß die Auffassung in den Kreisen der deutschen Delegation außerordentlich günstig ist. Es wird wärmstens begrüßt, daß in dieser italienischen Darlegung eine vollkommene Uebereinstimmung mit den deutscherseits bisher stets vertretenen Ideen obwaltet, daß dabei keinerlei Vorbehalte gemacht und die **Streichung der Reparationen als die unbedingte Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau bezeichnet werden.** Auch die einzelnen in den italienischen Gedankengängen aufgeführten Punkte entsprechen durchaus den von deutscher Seite hervorgehobenen. Es ist verständlich, daß Italien auch auf seine Opfer hinweist, die es bisher schon im wesentlichen zugunsten der südöstlichen Staaten gebracht hat, und daß es dabei auf den Nettoüberschuß verweist, den es bisher theoretisch gehabt hat und in seinem Budget anderweitig ausgeglichen werden müßte, ebenso darauf, daß es die vollkommene Uebereinstimmung des Verzichtes aller Gläubiger auf die Reparationen beansprucht.

*

Unfall eines deutschen Delegationsmitgliedes

Genf, 27. Juni. Der Hilfsarbeiter in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Norden, wurde von einem Motorradfahrer überfahren und in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Dr. Norden gehört der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz an und ist seit Jahren ständiger Mitarbeiter der deutschen Delegationen auf den internationalen Konferenzen.

*

Das angeblich „Matin"-Interview des Reichskanzlers

Berlin, 27. Juni. Angesichts der Tatsache, daß die angeblichen Erklärungen des Reichskanzlers v. Papen gegenüber einem Vertreter des „Matin" trotz des Dementis der Reichsregierung noch immer in der in- und ausländischen Presse erörtert werden, wird von zuständiger Stelle nachdrücklich erklärt, daß Reichskanzler v. Papen in keinem seiner Gespräche in Lausanne von einer Anerkennung der Rechte Frankreichs oder von Frankreiche Rechten auf Kompensationen gesprochen hat. Im übrigen ist auch die Darstellung vollkommen abwegig, die der „Matin" nachträglich von der Unterredung gibt und in der behauptet wird, die Erklärungen des Kanzlers seien noch schärfer formuliert gewesen, als sie das Blatt veröffentlicht hat und seien ausdrücklich als zur Veröffentlichung bestimmt worden.

*

Die Ausführungen von Papens in Lausanne.

T.U. **Lausanne,** 27. Juni. Ueber den Verlauf der deutsch-französischen Besprechung am Montag wird bekannt, daß der Reichskanzler von Papen nach den Ausführungen des deutschen Finanzministers erklärte, diese Konferenz habe die außerordentliche Möglichkeit, die Irrtümer der Nachkriegszeit zu beseitigen und die Welt wieder gesünderen Verhältnissen zuzuführen. Das System der Tribute müsse unter allen Umständen fallen. Jede Fortsetzung dieses Systems bedeute den völligen Ruin der gesamten Weltwirtschaft und des Vertrauens, das die Grundlage eines allgemeinen Wiederaufstieges sei. Die deutsche Regierung würde keine Unterschrift leisten, von der sie schon heute überzeugt sei, daß sie nicht gehalten werden könne, weil sie eine völlige Unmöglichkeit sei. Die deutsche Regierung sei durchaus bereit, an einem konstruktiven Aufbauprogramm für Europa mitzuarbeiten. In den Ausführungen des Reichsfinanzministers seien dahingehende konkrete Vorschläge vorhanden. Das deutsch-französische Problem werde in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen. In der außerordentlich ernsten Stunde, in der wir uns befänden, müsse die Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt gefordert werden. Diese historische Aufgabe falle den Siegermächten, nicht aber Deutschland zu.

Die französischen Minister erklärten nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers, daß sie auf die eingehenden Ausführungen der Vertreter Deutschlands gleichfalls ausführlich antworten wollten. Die Fortsetzung der Verhandlungen soll aus diesem Grunde auf Mittwoch verschoben werden. Herriot hat dann nach deutschen Mitteilungen zum Schluß lediglich erklärt, daß er Vorbehalte zu dem deutschen Standpunkt mache. In der Mittwochsitzung werden somit wichtige Ausführungen durch die Franzosen gemacht werden.

*

Eine Unterredung mit Hoover und Senator Borah.

T.U. **Paris,** 27. Juni. Der New-Yorker Sonderberichterstatter des „Paris Soir" hatte Gelegenheit, Präsident Hoover und Senator Borah zu interviewen. Hoover scheint sich äußerst schweigsam verhalten zu haben. Er habe ihm zu verstehen gegeben, daß er nicht daran zweifle, sich schließlich doch noch Gehör auf der anderen Seite des Ozeans zu verschaffen.

Senator Borah habe erklärt, die Bedingungen, die Amerika für die verlangten Opfer stelle, bestünden in erster Linie in einer sehr weitgehenden Abrüstung und in einer Reihe von Opfern bezüglich der Tribute. Borah habe sich im weiteren Verlauf seiner Unterredung gegen jede Inflation ausgesprochen und gesagt, das beste Mittel für die Erhöhung der Zahlungsfähigkeit sei, das Silber zu stabilisieren und es zu einem bestimmten Kurs in die Deckung der Emissionsbanken einzubeziehen. Die Regelung der Abrüstungsfrage und eine Neuangleichung der internationalen Schulden seien seiner Auffassung nach das sicherste Mittel zu einer wesentlichen Besserung der internationalen Lage zu gelangen.

*

Von Papen und Herriot bei Macdonald.

T.U. **Lausanne,** 27. Juni. In den späten Abendstunden des Montag fand eine längere Unterredung zwischen von Papen und Macdonald statt. Kurz vorher hatte Macdonald Herriot empfangen.

In unterrichteten Kreisen wird allgemein angenommen, daß nach den bisher völlig unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen der deutschen und der französischen Abordnung sich Macdonald wieder einschalten und seine bisher allerdings erfolglos gebliebene Vermittlungstätigkeit wieder aufnehme. Am sitzungsfreien Dienstag sind neue gesonderte Besprechungen zwischen Macdonald, den deutschen und französischen Ministern vorgesehen.

*

„Zu einer Verständigung gehören zwei".

T.U. **Berlin,** 28. Juni. Als sich Herriot am Montag abend mit Macdonald im Hotel Beau Rivage traf, wurde er nach einer Meldung Berliner Blätter aus Lausanne über den Stand der deutsch-französischen Besprechungen befragt. Er habe geantwortet, daß er die Lage für ernst halte. Zu einer Verständigung gehörten eben zwei.

Veröffentlichung der neuen Notverordnung Dienstag mittag

T.U. **Berlin**, 27. Juni. Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten wird voraussichtlich am Dienstag mittag veröffentlicht werden.

Die Notverordnung wird die Bestimmung enthalten, daß die Uniform und Demonstrationsverbote im ganzen Reich aufgehoben werden. In der Notverordnung werden jedoch die Wünsche der Länder insofern berücksichtigt werden, als die Länderpolizeibehörden ermächtigt werden, unter besonderen Bedingungen Ausnahmebestimmungen zu erlassen. Ferner wird eine Ausführungsverordnung von § 4 der Notverordnung vom 15. Juni ergehen, durch die eine Anmeldepflicht für Demonstrationen eingeführt wird, um zu verhindern, daß gleichzeitig und an derselben Stelle Kundgebungen feindlicher Parteien erfolgen können.

Die Besprechungen der Länderminister in Berlin

T.U. **Berlin**, 27. Juni. Von preußischer Amtlicher Stelle wird folgendes Kommunique ausgegeben:

Die größte Anzahl der leitenden Minister der Länder ist heute auf Einladung Preußens in Berlin zusammengetreten, um politische Fragen von besonderer Bedeutung zu erörtern.

Die Konferenz ergab eine erfreuliche volle Uebereinstimmung der Erschienenen. Weitere Sitzungen gleicher Art sind von Fall zu Fall je nach Bedarf in Aussicht genommen.

*

Die Besprechungen der Länderminister in Berlin.

T.U. **Berlin**, 28. Juni. Wie nach einer Meldung Berliner Blätter ergänzend zu der auf Einladung Preußens erfolgten Besprechung der Länderminister verlautet, wurde zu der bevorstehenden ergänzenden Notverordnung der Reichsregierung bezüglich der generellen Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbots eingehend Stellung genommen. Es habe sich dabei eine völlige Einmütigkeit darüber ergeben, daß die Länder die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen ablehnen. Gegen die Bestimmungen der neuen Notverordnung seien die schwersten Bedenken erhoben worden und die Verantwortung für das in der Notverordnung Geplante würde der Reichsregierung überlassen. Der Einladung Preußens wären, wie die Blätter berichten, alle süddeutschen Länder einschließlich Hessen gefolgt, von den norddeutschen u. a. Mecklenburg-Schwerin. Nicht vertreten waren die drei nationalsozialistisch regierten Länder Braunschweig, Oldenburg und Anhalt. Ebenso fehlte u. a. Sachsen.

Die sozialdemokratische Beschwerde beim Reichsinnenminister überreicht

T.U. **Berlin**, 27. Juni. Der Reichsinnenminister empfing am Montag abend, wie bereits angekündigt, die Vorstandsmitglieder der S.P.D., Crispien, Dittmann, Stampfer und Vogel, die ihm eine Beschwerde über angebliche nationalsozialistische Terroralte vorbrachten und dazu Material überreichten. Der Reichsinnenminister sagte den Abgeordneten Prüfung des Materials zu.

Die sozialdemokratische Beschwerde beim Reichsinnenminister.

T.U. **Berlin**, 28. Juni. Wie der „Vorwärts" zum Empfang der Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes durch den Reichsinnenminister am Montag abend ergänzend berichtet, hatten die Mitglieder des Parteivorstandes an den Minister die Frage gestellt, ob er die im Brief des Reichspräsidenten umschriebenen Voraussetzungen für ein „Vorgehen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln" gegen solche Ausschreitungen wie z. B. im Fall des Angriffes auf das „Vorwärtsgebäude" als gegeben betrachte. Der Minister habe geantwortet, daß dies noch nicht der Fall sei. Die Vertreter der sozialdemokatischen Partei hätten zum Schluß der Unterredung die etwas über eine Stunde gedauert habe, erklärt, daß ein weiteres Dulden des „uniformierten Terrors der S.A." zu Folgen führen würde, für die niemand die Verantwortung übernehmen könne.

Reichsratsmitglieder beim Reichsinnenminister

T.U. **Berlin**, 27. Juni. Der Reichsinnenminister empfing am Montag nachmittag mehrere Länderbevollmächtigte zum Reichsrat, sowie Vertreter der preußischen Provinzen im Reichsrat zu einer Besprechung. Gegenstand der Besprechung war die ergänzende Notverordnung, die voraussichtlich erst am Mittwoch veröffentlicht werden wird.

Bayern spielt um die Monarchie

Erklärungen Dr. Heims

In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Expreß" hat der Bauernführer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, u. a. ausgeführt:

Jederzeit könne jetzt der Tag kommen, an dem Kronprinz Rupprecht zum König von Bayern ausgerufen werde. Das sei nicht nur die Meinung der großen Mehrheit des bayerischen Volkes, sondern er habe guten Grund, zu glauben, daß sie **auch von der gegenwärtigen bayerischen Regierung geteilt werde.** 75 v. H. der bayerischen Bevölkerung würden sofort die Wiederaufrichtung der alten bayerischen Monarchie unterstützen. **„Die Weimarer Verfassung ist tot. Wir warten nur noch auf die Stunde ihres Begräbnisses."** Die Wiedereinführung der Monarchie bedeute allerdings nicht die Trennung Bayerns vom Reich. Alles, was Bayern verlange, sei, ein treues Glied des Reiches zu bleiben. **Bayern müsse aber das Recht zu einer von den anderen deutschen Staaten unabhängigen Verfassung haben. Wir wollen einen König als Herrscher anstatt eines republikanischen Präsidenten, weil wir glauben, daß ein Monarch, der durch die Bande des Blutes mit seinem Lande verbunden ist, der beste Herrscher für einen Staat in diesen schweren Zeiten ist.**

Die Frage des Berichterstatters, ob die Herbeiführung einer absoluten Monarchie mit diktatorischen Vollmachten gewünscht werde, wurde von Heim verneint. Die bayerischen Könige seien immer demokratische Könige gewesen, die von ihrem Volke geliebt worden seien. Die Monarchie werde von einem **Zweikammer-Parlament** unnterstützt werden. Dies sei alles bereits ausgearbeitet worden. Das Oberhaus werde aus vom König ernannten Mitgliedern zusammengesetzt sein, und zwar aus einflußreichen Industriellen, Universitäts- und Kirchenvertretern, sowie gewählten Vertretern verschiedener öffentlicher Körperschaften, Handelsverbänden, Gewerkschaften usw. Das Unterhaus werde nach denselben Richtlinien, wie der jetzige bayerische Landtag gewählt werden, mit der Ausnahme, daß das Wahlrecht eingeschränkt werde.

Heim erklärte ferner, er glaube, daß die Stunde kommen werde, wo der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich zum offenen Ausbruch kommen werde (!). Bayern werde sich dann nach einem König umschauen, der es in dem Kampf um die Wahrung der bayerischen Gesetze gegen die allgemeine deutsche Unordnung führen werde

*

Dr. Heim zu der Meldung des „Daily Expreß".

T.U. **Nürnberg**, 27. Juni. Das Nürnberger „Achtuhr-Blatt" veröffentlicht eine Stellungnahme Dr. Heims zu der Meldung des „Daily Expreß" über ein Interview mit Dr. Heim, in der es u. a. heißt, Geheimrat Heim habe das Interview nur unter der Bedingung gegeben, daß ihm die Wiedergabe der Unterredung vorher zu unterbreiten sei. Dies habe nicht stattgefunden. Die monarchistischen Bestrebungen Bayerns hätten nichts mit Separatismus zu tun, da Bayern sonst in volle Hörigkeit des Auslandes komme. Die Wiederherstellung der Monarchie habe die Wiederherstellung der Bismarck'schen Reichsverfassung zur Voraussetzung unter Anpassung an die veränderten Zeitverhältnisse. Die Zuständigkeit der Länder müsse erweitert werden. Dr. Heim habe auch nie eine Donaumonarchie vertreten. Bei dem Interview habe er von der bayerischen Regierung kein Wort gesprochen. Das sei eine Zutat des Berichterstatters gewesen. Die Bemerkung in dem Interview, es sei bereits alles ausgearbeitet worden, bezog sich in ganz klarem Zusammenhang auf das Jahr 1917, wo er — Dr. Heim — diese Vorschläge (Ergänzung der Kammer der Reichsräte durch Ständevertreter) ausgearbeitet habe. Auf die Frage, ob er glaube, daß die Monarchie in Bayern einmal kommen werde, habe Dr. Heim dem Berichterstatter geantwortet: „Ich bin kein Prophet. Aber ich glaube, daß sie bestimmt kommen wird. Man könne geschichtlich Gewordenes nicht mit einem Schwamm auslöschen.

Der Wahlaufruf der S. P. D.

T.U. **Berlin**, 28. Juni. Der Vorstand der S.P.D. veröffentlicht im „Vorwärts" den Aufruf für die kommenden Reichstagswahlen. In dem Aufruf wird erklärt, die S.P.D. kämpfe für die Aufhebung der Notverordnung und für die Erhaltung und Sicherung des Rechts auf Arbeitslosenunterstützung. In voller Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften werde der Umbau der Wirtschaft gefordert. Die Staatsmacht müsse planmäßig in den Dienst der Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine sozialistische Bedarfswirtschaft gestellt werden. In den Kämpfen zwischen Kapitalismus und Sozialismus sei der 31. Juli Entscheidungstag.

Die Nationalsozialisten gegen die politischen Ueberwachungsausschüsse bei den Rundfunkgesellschaften

T.U. **Berlin**, 27. Juni. Die nationalsozialistische Fraktion hat im Preußischen Landtag einen Antrag eingebracht, durch den die Staatsregierung beauftragt wird, bei der Reichsregierung dringend dahin vorstellig zu werden, daß die seit 1926 bestehenden politischen Ueberwachungsausschüsse bei den Rundfunkgesellschaften sofort abberufen und durch Ausschüsse ersetzt werden, die nach dem heutigen politischen Kräfteverhältnis zusammengesetzt werden. Zur Begründung wird erklärt, daß auch während der Regierungstätigkeit des jetzigen Reichskabinetts bisher nur zwei Nationalsozialisten im Rundfunk hätten sprechen dürfen, was zum Teil auch auf die Besetzung der Ueberwachungsausschüsse zurückzuführen sei. So habe der Ueberwachungsausschuß der Berliner Funkstunde jetzt die Uebertragung eines sachlichen Fachvortrages des Obersten Hierl über Arbeitsdienstpflicht nicht zugelassen, ebenso nicht den Vortrag des Reichspropagandaleiters der N.S.D.A.P., Dr. Goebbels über das Thema „Der Nationalsozialismus als staatspolitische Notwendigkeit".

Deutschnationale Reichsführertagung

Rede Dr. Hugenbergs

Berlin, 27. Juni. Die deutschnationale Reichsführertagung wurde eingeleitet mit einer programmatischen Ansprache des Parteiführers Dr. Hugenberg. Er gab zunächst der Erwartung Ausdruck, daß durch die neue Regierung im Reiche, die die Deutschnationalen begrüßen, für die sie aber keine Mitverantwortung trügen, ein grundsätzlicher Wandel geschaffen würde. Er warne die Regierung jedoch davor, den richtigen Augenblick zu verpassen und fordere von ihr starkes Durchgreifen gegen die Widerstände, die sich ihr entgegenstellten. Es bestehe sonst die Gefahr einer Staats- und Präsidentenkrise. Als das Ziel dieses Wahlkampfes bezeichnete Dr. Hugenberg die Schaffung einer nationalen Mehrheit, bei der aber mit allem Nachdruck dafür gesorgt werden müsse, daß die Deutschnationalen in dieser Mehrheit ein starker Faktor seien. Dem Nationalsozialismus fehle allerdings eine klare Staatsidee. Er habe noch Stellung genommen zum Problem „Republik oder Monarchie", während zu der klaren Staatsidee der Deutschnatioealen das Bekenntnis zur monarchistischen Staatsform gehöre. Wenn die Deutschnationalen kein starker Faktor würden, bestehe die Gefahr, daß Nationalsozialisten und Zentrum zusammen gingen, und daß im Grunde das fortdauern würde, was bisher das deutsche Geistes- und Wirtschaftsleben zu Grunde gerichtet habe. Ebenso bestehe dann aber auch die andere Gefahr der Alleinherrschaft der Nationalsozialisten. Aufgabe der Deutschnationalen sei es, beide Gefahren zu verhindern. Dr. Hugenberg wandte sich sodann dem Zentrum zu, gegen das der Kampf mit besonderer Entschiedenheit geführt werden müsse, da ihm in erster Linie die Verantwortung für die ganze Entwicklung zufiele. Oberfinanzrat Dr. Bang sprach zum Problem der Sozialpolitik. Dr. Bang stellte an den Anfang seiner Ausführungen den Grundsatz: „Zurück vom Sozialismus zum sozialen Gedanken". Im Verlauf der Vormittagssitzung sprach dann Pfarrer Wilms über das Thema „Die Kirche im Kampf um die Nation" und der Reichsjugendführer Landrat a. D. v. Bismarck über das Thema „Partei und Jugend".

Störung eines deutschen Turnfestes in Böhmen

Prag, 27. Juni. Bei einem deutschen Gauturnfest in Dux wurden die Teilnehmer an einem Umzug am Samstag von Kommunisten überfallen. Bei den Zusammenstößen wurden 24 Personen verletzt. Die Gendarmerie war gezwungen einzuschreiten. Nachdem auch Sonntag früh der Weckruf gestört worden war, verzichteten die Veranstalter auf den Festzug. Auch im Laufe des Sonntags mußte die Gendarmerie einige Male eingreifen. Wie das „Prager Montagsblatt" meldet, wurde festgestellt, daß der Angriff, an dem sich auch **tschechische Frauen** beteiligten, planmäßig vorbereitet war. So waren z. B. die Rinnsteine am Marktplatz mit Benzin überschüttet worden, um durch die beim Angriff zu Boden geworfenen Fackeln und das darauf entstehende Feuer den Turnern den Weg auf die Gehsteige abzuschneiden. Deutsche Parlamentarier, die gegen die Störung des amtlich in der sudetendeutschen Stadt bewilligten Fest-s einschritten, wurden von der tschechischen Menge auf dem Heimweg angegriffen. Der Bürgermeister wurde bespuckt und beschimpft, sodaß er und die Parlamentarier von der Gendarmerie geschützt werden mußten. Die auswärtigen Turner wurden nach vorzeitigem Abbruch der Turnvorführungen unter Gendarmerieschutz zur Bahn begleitet

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[44

„Ich habe gar nichts."

„Nun, dann wird der Staat dafür sorgen müssen. Sie müssen sich eben damit abfinden, Miß Grey, eine Gefangene zu sein. Sobald Sie ganz gesund sind, werden Sie nach London gebracht werden."

Ein kurzer Gruß — dann verließen die Beamten das Zimmer, gefolgt von dem Arzt. Ellinor hatte sich aufgerichtet, starrte den Davongehenden nach.

„Oh, Schwester, es ist furchtbar! Und ich bin doch unschuldig! Glauben Sie es mir?"

„Ich glaube es Ihnen, Miß Nelli. Ich habe es immer geglaubt, seitdem ich Sie gesehen habe."

Sanft streichelten ihre weichen Hände die Wangen Ellinors, die leise vor sich hin weinte.

Zwölftes Kapitel.

Ganz London war in Aufregung, seitdem die Zeitungen die Nachricht von Ellinor Greys Auffindung gebracht hatten. Man verschlang die seitenlangen Berichte, wühlte die ganze Mordgeschichte von neuem wieder auf.

In den illustrierten Zeitungen erschienen Bilder von Lady Wilson und solche von Ellinor Grey, unnatürliche und verzerrte Bilder, aus denen man sich kein Bild von Ellinors Erscheinung machen konnte. Man fieberte dem großen Prozeß entgegen.

Ellinor Grey war nach London gebracht worden. Bis Anfang September hatte sie noch im Krankenhause von Shoreham bleiben müssen; sehr langsam nur hatte sie sich erholt, bis sie ganz gesund geworden war und den Anforderungen des Prozesses standhalten konnte.

Vier Monate saß sie jetzt schon in Untersuchungshaft. Unzählige Male war sie vernommen worden, immer und immer wieder hatte man sie mit den entsetzlichen Fragen gepeinigt.

Sie sollte diese Tat eingestehen, wurde ihr immer wieder gesagt. Diese Tat, die sie doch nicht begangen hatte, von der sie nichts wußte als das, was Charlie Hickson ihr erzählt, was sie in den Zeitungen gelesen hatte.

Carlie Hickson war ebenfalls eingehend vernommen worden, auf die Beschuldigungen Ellinor Greys hin. Er hatte geleugnet, ebenso standhaft und fest wie bisher. Er habe mit dem Mord an Lady Wilson nichts zu tun; er wünsche Ellinor Grey gegenübergestellt zu werden, sagte er aus.

Henry Smith hatte sich gemeldet, der Neffe Frau Hastings. Seine Aussage war sehr ungünstig für Ellinor. Sie habe einen Tag im Hause seiner Tante verbracht, sei am anderen Morgen plötzlich und spurlos verschwunden gewesen, uneingedenk des Versprechens, von nun an seine Tante zu betreuen.

Es habe sich dann herausgestellt, daß Ellinor Grey nicht nur einen seiner Anzüge entwendet hatte, sondern sie hatte sich seinen Paß angeeignet, der allerdings nach vierzehn Tagen wieder zurückgeschickt worden war, aus London. Es stehe außerdem fest, daß Ellinor Grey seine Tante, ihre Wohltäterin, aufs schändlichste bestohlen habe; sie habe die Sparpfennige der alten Dame aus dem Schreibtisch gestohlen. Frau Hastings sei aus Schrecken und Gram noch in derselben Nacht einem Herzschlag erlegen.

Kate Campbell, die Freundin der Verstorbenen, war mit nach London gekommen und hatte die Aussagen Henry Smiths voll bestätigt.

Ellinor brach völlig zusammen, als man ihr die Aussage vortrug. Ein krampfhaftes Schluchzen überfiel sie, und es dauerte lange, ehe sie sich fassen und berichten konnte, wie sich alles bei Frau Hastings zugetragen hatte. Frau Hastings habe ihr selbst zur Flucht geraten, habe ihr selbst das Geld aufgedrängt; nur die Männerkleidung habe sie gestohlen, weil es nicht anders gegangen sei...

Ellinor Grey verlebte entsetzliche Wochen. Sie war verlassen von aller Welt, hatte keine Freunde, niemanden, der ihr wirklich zugetan war. Von George Frank hörte sie nichts, er schien sich abgewandt zu haben von der Abenteurerin, die ihn jahrelang betrogen, seine Liebe ausgenützt hatte.

Niemand kümmerte sich um Ellinor. Der ihr vom Gericht zugewiesene Verteidiger tat wohl seine Pflicht; aber man merkte ihm an, daß ihm die Wärme fehlte und die Begeisterung, daß er sich auf verlorenem Posten fühlte. Nur der Gefängnisgeistliche wurde Ellinors Freund; der warmherzige, gütige Mann blieb stundenlang in Ellinors Zelle, richtete die gebrochene Frau auf, soweit es in seinen Kräften stand. Ihm allein hatte sie es zu verdanken, wenn sie dem Prozeß halbwegs gefaßt entgegensah.

So standen die Dinge, als im Februar im Zentralgericht Old Bailey die große Verhandlung begann.

Der Gerichtssaal war bis auf den letzten Platz gefüllt, von einem Publikum, das barst vor Neugier, Ungeduld und Sensationslust. Das die Mörderin anstarrte und den Herzog von Albury, ihren schärfsten Ankläger.

Schon lange vor Beginn der Sitzung waren heftige Debatten im Gange über den Ausgang des Prozesses, wobei jene überwogen, die von der Schuld der Angeklagten überzeugt waren und deren Verurteilung erwarteten.

Man nannte Ellinor Grey eine raffinierte Gaunerin, die es klug verstanden hatte, ihre Spur zu verwischen, und die nur durch einen Zufall zur Strecke gebracht worden war. Sicherlich gehöre sie einer weitverzweigten Verbrecherbande an, sagte man, der Bande, die auch das kostbare Perlengeschmeide der Lady Wilson beiseitegebracht hatte.

Ein einsamer Mann saß mitten zwischen den gestikulierenden und disputierenden Gerichtssaalgästen. Er kannte niemand, sprach mit keinem Menschen ein Wort, saß still da und grübelte vor sich hin. Wie im Traum hörte er alles das, was über Ellinor Grey gesprochen wurde.

Es war George Frank, der aus Neuhork gekommen war, dem Prozeß beizuwohnen. Er hatte eine böse Zeit hinter sich.

(Fortsetzung folgt.)